

Das politische System der Vereinigten Staaten von Amerika:

Ein Unterrichtskonzept

Florian Bassa

The United States of America has the longest standing democracy in the world. Every four years, its political system moves to the center of global media attention through the presidential elections and surprises the public with its complexity and difference. This teaching concept offers an insight into the special features of this presidential democracy and compares it at different levels with the parliamentary system in Austria. Using a variety of sources and tasks, the students deal with this topic and are enabled to critically comment on the addressed aspects. The understanding thus gained facilitates and enables a reflected approach to other political models.

*Die Vereinigten Staaten von Amerika haben die am längsten bestehende Demokratie der Welt. Alle vier Jahre rückt ihr politisches System durch die Präsidentschaftswahlen ins Zentrum des globalen Medieninteresses und überrascht die Weltöffentlichkeit stets aufs Neue mit seiner Komplexität und Andersartigkeit. Das vorliegende Unterrichtskonzept bietet einen Einblick in die Besonderheiten dieser präsidentiellen Demokratie und stellt sie auf verschiedenen Ebenen dem parlamentarischen System in Österreich gegenüber. Anhand unterschiedlicher Quellen und Aufgabenstellungen beschäftigen sich die Schüler*innen mit diesem Thema und werden befähigt, sich kritisch zu den angesprochenen Aspekten zu äußern. Das dadurch gewonnene Verständnis erleichtert und ermöglicht den reflektierten Umgang mit anderen politischen Modellen.*

Einführung

Alle vier Jahre finden in den Vereinigten Staaten von Amerika Präsidentschaftswahlen statt. Dieser mehrmonatige Prozess ruft auch in der europäischen Öffentlichkeit großes Interesse hervor und gibt aufgrund seiner Komplexität und auch Fremdartigkeit bisweilen Rätsel auf. Das vorliegende Unterrichtskonzept soll es Schüler*innen der Sekundarstufe II ermöglichen, sich vertieft mit

dem politischen System der USA zu beschäftigen und einen Vergleich mit dem Österreichs anzustellen. Es ist in diesem Zusammenhang möglich, die gesamte Unterrichtssequenz im Ausmaß von ca. fünf Schulstunden zu bearbeiten oder einzelne Teile herauszugreifen und Schwerpunkte zu setzen. Auch fächerübergreifendes Arbeiten z. B. mit Englisch ist vorstellbar, wenn etwa die hier auf Deutsch wiedergegebenen Teile der US-Verfassung im englischen Original gelesen werden oder zum Ablauf der Präsidentschaftswahlen ein entsprechendes Video verwendet wird.¹

Am Anfang steht der Vergleich zwischen verschiedenen demokratischen Modellen. Die Unterschiede zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Systemen sind dabei für die meisten leicht zu benennen. Aber auch innerhalb des demokratischen Spektrums haben sich verschiedene Typen mit Abweichungen in gewissen Bereichen herausgebildet. Die Schüler*innen sollen daher in einem ersten Schritt befähigt werden, zwischen präsidentiellen und parlamentarischen Demokratien zu unterscheiden, die Rolle der drei Staatsgewalten jeweils zu verorten und die Vor- und Nachteile besonders in Bezug auf Gewaltenteilung, Legitimation und Partizipation zu erkennen. Die grundlegende Idee für diesen Vergleich stammt vom deutschen Politikwissenschaftler Peter Massing (2016, S. 4-6) und wurde für diesen Beitrag adaptiert. Es folgt die Übertragung der Merkmale einer präsidentiellen Demokratie auf das politische System der USA, die das älteste und bekannteste Beispiel für diese Regierungsform sind. Die Schüler*innen werden überblicksartig mit den wichtigsten politischen Institutionen der USA vertraut gemacht und sollen die Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Staatsgewalten erkennen. Der restliche Beitrag legt einen Schwerpunkt auf die Legislative und die Exekutive, wobei jeweils ein Vergleich zwischen deren Ausgestaltung in den Vereinigten Staaten und Österreich im Mittelpunkt steht. Die Schüler*innen sollen sich dabei über Ausschnitte aus der politikwissenschaftlichen Fachliteratur und aus den jeweili-

Bassa, F. (2022). Das politische System der Vereinigten Staaten von Amerika: Ein Unterrichtskonzept. F&E Edition, 27, 103-112.

gen Verfassungen vertieft mit der Funktionsweise der politischen Systeme in diesen beiden Staaten auseinandersetzen und die wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede benennen können. Auch die Präsidentenwahlen selbst, die medial meist im Zentrum stehen, werden auf verschiedene Arten in den Blick genommen. Nach dem Ansehen eines entsprechenden Videos soll eine Zeitleiste erstellt werden, um die Abläufe auch visuell zu verdeutlichen. Nach der Definition von relevanten Begriffen mit Hilfe einer Internetrecherche und einem neuerlichen Vergleich mit dem Prozedere in Österreich haben die Schüler*innen die Möglichkeit, über das Spiel „Win the White House“, das als Online-Version bzw. Handy-App verfügbar ist, selbst in die Rolle einer Bewerberin oder eines Bewerbers für die US-Präsidentschaft zu schlüpfen. Nach der Wahl der Schwierigkeitsstufe entscheiden sie sich für eine politische Partei und die wesentlichen Themen (aus ihrer oder der gegnerischen Partei), die sie in ihrem Wahlkampf vertreten möchten. Die Vorwahlen können als Training genutzt oder auch übersprungen werden. Das englischsprachige Spiel ist aber auch ohne dieses Tutorial rasch zu durchschauen. Anschließend folgt der zehnwöchige Hauptwahlkampf, der im Rundenmodus absolviert wird. Die Schüler*innen müssen hierbei Geldspenden sammeln, in den einzelnen Bundesstaaten Auftritte absolvieren, TV-Werbespots schalten, in denen sie ihre Themen positiv oder die des Gegners negativ darstellen, und neue Bundesstaaten in ihre Kampagne einbeziehen. Dabei ist es wichtig, ständig das Momentum in den einzelnen Staaten im Auge zu behalten, da diese während der Kampagne gewonnen und auch wieder verloren werden können. Mit dem Wahltag, der laut Verfassung am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November stattfindet, endet das Spiel nach Ablauf der erwähnten zehn Wochen. Nun werden die Wähler in allen Bundesstaaten ausgezählt und die neue Präsidentin bzw. der neue Präsident gekürt. Mithilfe des Spiels können die Lernenden ihr gewonnenes Wissen vertiefen und auf spielerische Weise stärkere Einblicke in die Abläufe des US-Präsidentschaftswahlkampfes gewinnen. Am Ende der Unterrichtssequenz steht die Bearbeitung eines Artikels aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* über neue Wahlkampfmethoden im digitalen Zeitalter. Er eignet

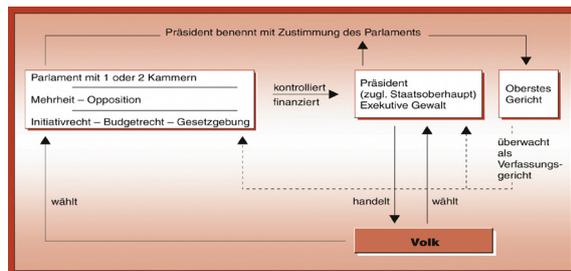
sich als Ausgangspunkt für Diskussionen, inwieweit eine Amerikanisierung unseres politischen Systems und der im Wahlkampf eingesetzten Strategien stattfindet und was hierbei in Zukunft noch zu erwarten ist.

Demokratische Regierungssysteme im Vergleich

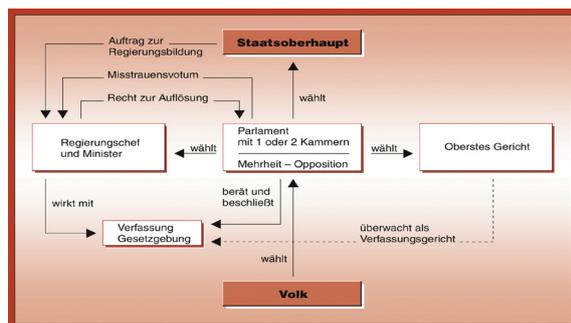
Im Laufe der Zeit haben sich verschiedene demokratische Modelle herausgebildet, die alle denselben Grundsätzen wie freien Wahlen, Mehrparteiensystemen oder der Achtung der Menschenrechte verpflichtet sind. Heute spricht man von zwei Grundformen, die sich in der Stellung von Parlament, Regierung und Staatsoberhaupt unterscheiden.

Arbeitsaufgaben (M1 & M2)

1. Ermittle anhand von M1 und M2 die Merkmale einer präsidentiellen und einer parlamentarischen Demokratie.
2. Vergleiche die beiden Modelle hinsichtlich der Stellung von Parlament, Regierung und Staatsoberhaupt.



M1: Schematische Darstellung einer präsidentiellen Demokratie. Quelle: https://www.bpb.de/cache/images/4/331694-st-galerie_gross.png?442C0, am 11.2.2021.



M2: Schematische Darstellung einer parlamentarischen Demokratie. Quelle: https://www.bpb.de/cache/images/3/331693-st-galerie_gross.png?48E3F, am 11.2.2021.

3. Ordne die in den Abbildungen angeführten Organe den drei Staatsgewalten Legislative, Exekutive und Judikative zu und arbeite die Unterschiede in Bezug auf die Gewaltenteilung heraus.
4. Diskutiere die Vor- und Nachteile der beiden Regierungssysteme.

Die USA als Beispiel für eine präsidentielle Demokratie

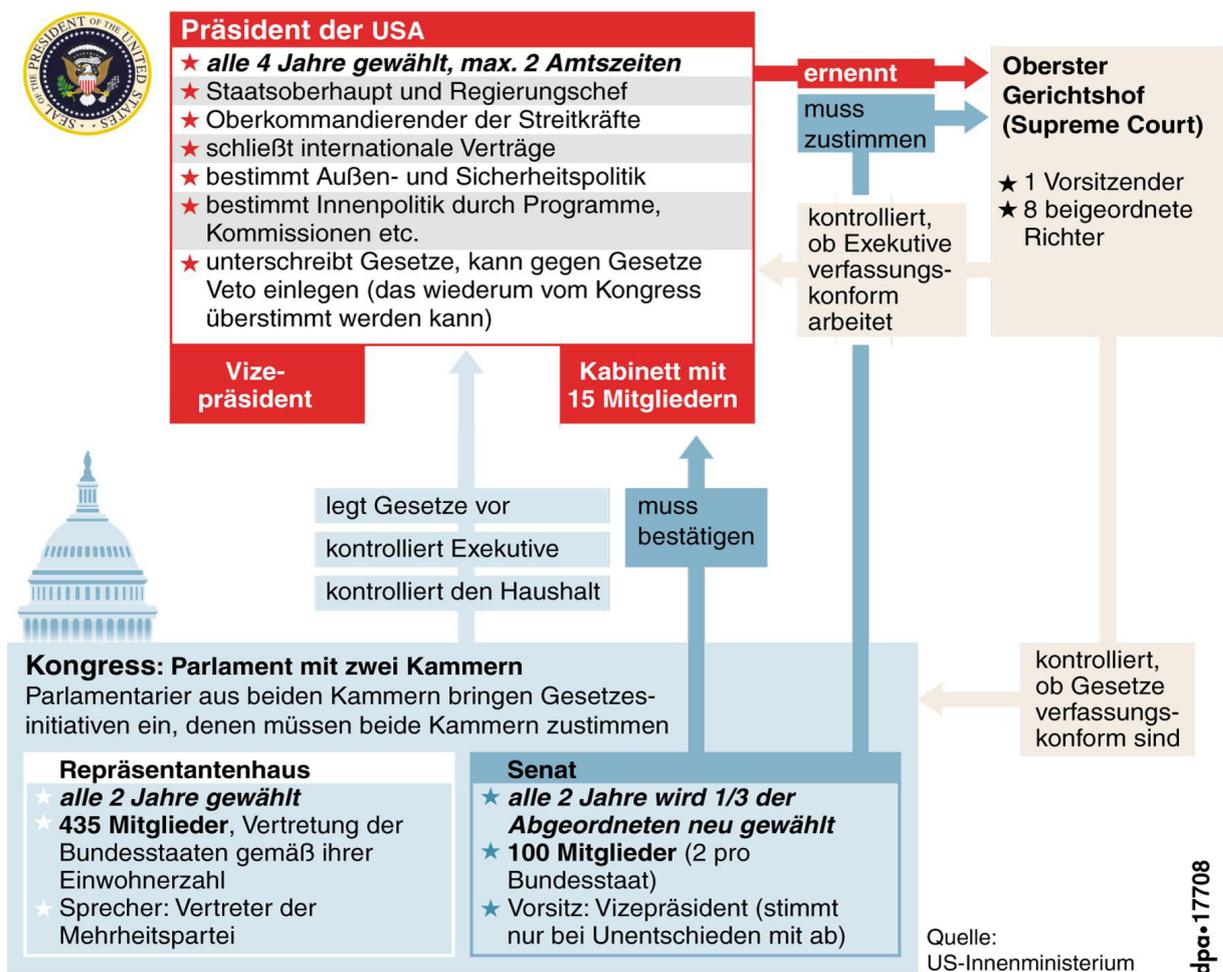
Heutzutage gibt es deutlich mehr parlamentarische als präsidentielle Demokratien, die man neben

den Vereinigten Staaten vor allem in Lateinamerika findet. Wie in präsidentiellen Systemen üblich sind auch in den USA die Staatsgewalten Legislative, Exekutive und Judikative klar voneinander getrennt. Dennoch sind deren Akteur*innen zur Zusammenarbeit gezwungen, um das Land voranzubringen.

Arbeitsaufgaben (M3)

1. Übertrage die von dir ermittelten Merkmale einer präsidentiellen Demokratie auf das politische System der USA, wie es in M3 dargestellt ist.
2. Beurteile die Umsetzung der Gewaltenteilung in den Vereinigten Staaten.

Das politische System der USA



M3: Das politische System der USA. Quelle: <https://www.merkur.de/bilder/2020/10/13/90069271/24129768-erklarer-grafik-zum-politischen-system-der-usa-2uOLkF2ELZZG.jpg>, am 11.2.2021.

Die Stellung der Legislative

Arbeitsaufgaben (M4 & M5)

1. Vergleiche die Parlamente in den USA und in Österreich hinsichtlich ihrer Zusammensetzung, demokratischen Legitimation, Arbeitsweise und Stellung innerhalb des politischen Systems.
2. Erkläre die Bedeutung von Parteien für den politischen Alltag in den USA und Österreich.
3. Recherchiere die aktuelle Zusammensetzung des US-Kongresses und beurteile, welche Konsequenzen sich daraus für die Politik ergeben könnten. Zeige dies nach Möglichkeit anhand eines aktuellen Beispiels.

M4: Der US-Kongress

Der Kongress besteht aus zwei Kammern, dem Senat (*Senate*) und dem Repräsentantenhaus (*House of Representatives*). Diese bikamerale Organisation des Kongresses gründet einerseits auf englischer Tradition, andererseits soll sie nach dem Willen der *founding fathers* dem republikanischen und dem föderalen Charakter des politischen Systems Rechnung tragen. Das Repräsentantenhaus verkörpert [...] die Idee der Volkssouveränität: Vom Volk direkt gewählt, durch die Kürze der Amtsdauer zu ständigem Kontakt mit der Wählerschaft angehalten, soll es gewissermaßen ein plebiszitäres Element darstellen. Der Senat hingegen soll die Interessen der Einzelstaaten in die Entscheidungsprozesse der Bundespolitik einbringen. Die (ursprünglich) indirekte Wahl, die längere Amtsdauer der Senatoren und die Überschaubarkeit einer kleineren Kammer sollten im Senat zudem längerfristige Planung ermöglichen, politische Expertise fördern und somit ein gewisses Gegengewicht zum Repräsentantenhaus mit seiner unmittelbaren Bindung an das Volk schaffen. [...]

Obwohl beide Häuser des Kongresses formal gleichberechtigt sind, gilt der Senat als die bedeutendere Parlamentskammer. [...] Den Vorsitz im Senat führt der amtierende Vizepräsident der Vereinigten Staaten, dessen Stimme allerdings nur in Pattsituationen den Ausschlag gibt. [...] Die Mehrheitspartei hat das Recht, den Vorsitz jedes Ausschusses und die Mehrheit der Ausschussmitglieder für sich in Anspruch zu nehmen. [...]

[Im Repräsentantenhaus wird] ein *Speaker of the House* gewählt, der gleichzeitig Fraktionsvorsitzender der Mehrheitspartei und Präsident des Repräsentantenhauses ist. Diese Doppelfunktion macht den Speaker zur potentiell mächtigsten Führungspersonlichkeit im Kongress. Seine formalen Befugnisse ermöglichen es ihm, die Geschäftsordnung und die Tagesordnung sowie die Arbeitsanweisungen der Ausschüsse zu kontrollieren und den Ablauf der Debatten im Plenum zu beeinflussen. Seine stärkste Kompetenz ist, dass er die Vorsitzendenposten der Ausschüsse (*committees*) aus den Reihen der Mehrheitspartei vergeben kann. [...]

Der Kongress ist ein typisches Arbeitsparlament. Zur Vorbereitung ihrer Entscheidungen bilden Senat und Repräsentantenhaus eine Reihe von Ausschüssen, die die eigentlichen parlamentarischen Machtzentren darstellen. Hier findet die intensivste Beratung der Gesetzesvorlagen statt, und von den Ausschüssen geht faktisch auch die Kontrolle der Exekutive aus. Das Ausschusssystem, die Größe und die Kompetenzen der einzelnen Ausschüsse (*committees*) werden durch die Geschäftsordnung beider Kammern festgelegt. [...]

Im politischen Alltag des Kongresses ist der Einfluss der Parteien geringer als in den Legislativen parlamentarischer Regierungssysteme. In ihrem Abstimmungsverhalten lassen sich die Mitglieder von Senat und Repräsentantenhaus nach wie vor stark von den Interessen ihres Wahlkreises leiten, erst dann von der Position ihrer Partei oder von den Wünschen des Präsidenten. Eine strenge Fraktionsdisziplin, wie sie typisch für parlamentarische Regierungssysteme ist, ist dem US-Kongress traditionell fremd. [...] Selbst der Präsident kann nicht unbedingt auf die Unterstützung aller seiner Parteifreunde im Kongress zählen. Senatoren und Abgeordnete verstehen sich vielmehr weitgehend als unabhängige Vertreter der legislativen Gewalt und durchaus als Gegengewicht zum Präsidenten. Der politische Alltag gestaltet sich deshalb häufig als ein Machtkampf zwischen Präsident und Kongress.

Quelle: Stüwe, K. (2013). USA. Wochenschau Verlag, S. 63–79.

M5: Parteien in den USA

Die politischen Parteien in den USA sind viel lockerer organisiert als Parteien in anderen Ländern. Auf nationaler Ebene gibt es [...] keine verfassungsrechtlichen oder gesetzlichen Vorschriften zur Parteienorganisation. In den beiden großen Parteien gibt es keine formale Parteimitgliedschaft, keine Mitgliedsbeiträge und Parteibücher oder Mitgliedsausweise [...]. Zum Mitglied (*member*) einer Partei wird man vielmehr dadurch, dass man sich dazu erklärt. [...]

Die heutigen Parteistrukturen von Demokraten und Republikanern, die sich im Verlauf von etwa 150 Jahren herausbildeten, sind dezentral und föderalistisch. [...] Auf einzelstaatlicher Ebene koordiniert die Partei vor allem den Wahlkampf im Rahmen von Kongresswahlen, entwirft die politische Gesamtkonzeption der Partei im Staat und treibt Geld zur Finanzierung ein.

Obwohl sich seit den 1970er Jahren unter dem Eindruck der Professionalisierung von Wahlkämpfen eine tendenzielle Stärkung der nationalen Parteiebene beobachten lässt, ist diese gegenüber den einzelstaatlichen Parteistrukturen organisatorisch nach wie vor von geringerer Bedeutung.

Quelle: Stüwe, K. (2013). USA. Wochenschau Verlag, S. 139–140.

Die Stellung des Präsidenten

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wird oft als mächtigster Mann der Welt wahrgenommen, da er laut Verfassung allein die Exekutive bildet. Minister*innen, wie wir sie aus den meisten europäischen Demokratien kennen, gibt es nicht, allerdings wird eine bestimmte Anzahl von *secretaries* ernannt, die den Präsidenten bei der Amtsausübung unterstützen. Obwohl der Präsident durch das *checks and balances*-System der US-Verfassung in seiner Macht beschränkt wird, kommt ihm dennoch eine Vielzahl an Aufgaben und Rechten zu.

Die Rechte des österreichischen Bundespräsidenten werden im Bundesverfassungsgesetz dargelegt und können übersichtlich auf der Amtshomepage eingesehen werden.²

M6: Die Kompetenzen des US-Präsidenten

Jede Gesetzesvorlage wird nach ihrer Verabschiedung durch das Repräsentantenhaus und den Senat, ehe sie Gesetzeskraft erlangt, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vorgelegt. Wenn er sie billigt, so soll er sie unterzeichnen, andernfalls jedoch mit seinen Einwendungen an jenes Haus zurückverweisen, von dem sie ausgegangen ist [...]. (Artikel 1, Abschnitt 7)

Der Präsident ist Oberbefehlshaber der Armee und der Flotte der Vereinigten Staaten und der Miliz der Einzelstaaten, wenn diese zur aktiven Dienstleistung für die Vereinigten Staaten aufgerufen wird; er kann von den Leitern der einzelnen Abteilungen der Bundesregierung die schriftliche Stellungnahme zu Angelegenheiten aus dem Dienstbereich der betreffenden Behörde verlangen, und er hat, außer in Amtsanklagenfällen, das Recht, Strafaufschub und Begnadigung für Straftaten gegen die Vereinigten Staaten zu gewähren. Er hat das Recht, auf Anraten und mit Zustimmung des Senats Verträge zu schließen, vorausgesetzt, dass zwei Drittel der anwesenden Senatoren zustimmen. Er nominiert auf Anraten und mit Zustimmung des Senats Botschafter, Gesandte und Konsuln, die Richter des Obersten Bundesgerichts und alle sonstigen Beamten der Vereinigten Staaten, deren Bestellung hierin nicht anderweitig geregelt ist und deren Ämter durch Gesetz geschaffen werden; doch kann der Kongress nach seinem Ermessen die Ernennung von unteren Beamten durch Gesetz dem Präsidenten allein, den Gerichtshöfen oder den Leitern der Bundesbehörde übertragen. (Artikel 2, Abschnitt 2)

Er hat von Zeit zu Zeit dem Kongress über die Lage der Union Bericht zu erstatten und Maßnahmen zur Beratung zu empfehlen, die er für notwendig und nützlich erachtet. Er kann bei außerordentlichen Anlässen beide oder eines der Häuser einberufen, und er kann sie, falls sie sich über die Zeit der Vertagung nicht einigen können, bis zu einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt vertagen. Er empfängt Botschafter und Gesandte. Er hat Sorge zu tragen, dass die Gesetze gewissenhaft vollzogen werden, und er erteilt allen Beamten der Vereinigten Staaten die Ernennungsurkunden. (Artikel 2, Abschnitt 3)

M7: Die Kompetenzen des österreichischen Bundespräsidenten

Der Bundespräsident beruft den Nationalrat in jedem Jahr zu einer ordentlichen Tagung ein, die nicht vor dem 15. September beginnen und nicht länger als bis zum 15. Juli des folgenden Jahres währen soll. (Artikel 28, Absatz 1)

Der Bundespräsident kann den Nationalrat auflösen, er darf dies jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlass verfügen. (Artikel 29, Absatz 1)

Das verfassungsmäßige Zustandekommen der Bundesgesetze wird durch den Bundespräsidenten beurkundet. (Artikel 47, Absatz 1)

Der Bundespräsident vertritt die Republik nach außen, empfängt und beglaubigt die Gesandten, genehmigt die Bestellung der fremden Konsuln, bestellt die konsularischen Vertreter der Republik im Ausland und schließt die Staatsverträge ab. (Artikel 65, Absatz 1)

Weiter stehen ihm – außer den ihm nach anderen Bestimmungen dieser Verfassung übertragenen Befugnissen – zu:

- a) die Benennung der Bundesbeamten, einschließlich der Offiziere, und der sonstigen Bundesfunktionäre, die Verleihung von Amtstiteln an solche;
- b) die Schaffung und Verleihung von Berufstiteln;
- c) für Einzelfälle: die Begnadigung der von den Gerichten rechtskräftig Verurteilten, die Milderung und Umwandlung der von den Gerichten ausgesprochenen Strafen, die Nachsicht von Rechtsfolgen und die Tilgung von Verurteilungen im Gnadenweg, ferner die Niederschlagung des strafgerichtlichen Verfahrens bei den von Amts wegen zu verfolgenden strafbaren Handlungen;
- d) die Erklärung unehelicher Kinder zu ehelichen auf Ansuchen der Eltern. (Artikel 65, Absatz 2)

(1) Alle Akte des Bundespräsidenten erfolgen, soweit nicht verfassungsmäßig anderes bestimmt ist, auf Vorschlag der Bundesregierung oder des von ihr ermächtigten Bundesministers. Inwieweit die Bundesregierung oder der zuständige Bundesminister hierbei selbst an Vorschläge anderer Stellen gebunden ist, bestimmt das Gesetz.

(2) Alle Akte des Bundespräsidenten bedürfen, soweit nicht verfassungsgesetzlich anderes bestimmt ist, zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers oder der zuständigen Bundesminister. (Artikel 67)

Der Bundeskanzler und auf seinen Vorschlag die übrigen Mitglieder der Bundesregierung werden vom Bundespräsidenten ernannt. Zur Entlassung des Bundeskanzlers oder der gesamten Bundesregierung ist ein Vorschlag nicht erforderlich; die Entlassung einzelner Mitglieder der Bundesregierung erfolgt auf Vorschlag des Bundeskanzlers. (Artikel 70, Absatz 1)

(1) Den Oberbefehl über das Bundesheer führt der Bundespräsident.

(2) Soweit nicht nach dem Wehrgesetz der Bundespräsident über das Heer verfügt, steht die Verfügung dem zuständigen Bundesminister innerhalb der ihm von der Bundesregierung erteilten Ermächtigung zu.

(3) Die Befehlsgewalt über das Bundesheer übt der zuständige Bundesminister [...] aus. (Artikel 80)

Die Richter werden, sofern nicht in diesem Gesetz anderes bestimmt ist, gemäß dem Antrag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten oder auf Grund seiner Ermächtigung vom zuständigen Bundesminister ernannt [...]. (Artikel 86, Absatz 1)

Arbeitsaufgaben (M6 & M7)

1. Stelle die Kompetenzen des US-amerikanischen und des österreichischen Präsidenten einander in tabellarischer Form gegenüber und kläre allfällige Lücken mit Hilfe einer Internetrecherche.
2. Diskutiere die Bedeutung des Präsidenten für das politische und gesellschaftliche System der beiden Staaten.
3. Begründe, warum der österreichische Bundespräsident im Gegensatz zu seinem US-amerikanischen Amtskollegen als wenig gewichtig angesehen wird.

Präsidentenschaftswahlen

Alle vier Jahre sind die Bürger*innen der Vereinigten Staaten von Amerika aufgerufen, ihre Präsidentin bzw. ihren Präsidenten zu wählen. Der Weg ins Weiße Haus ist allerdings langwierig und kostet viel Zeit und Geld. Bereits kurz nach einer Wahl beginnen die Vorbereitungen für den nächsten Urnengang. Um als Kandidatin oder Kandidat antreten zu können, muss man laut Verfassung das 35. Lebensjahr vollendet haben, in den USA geboren sein und seit mindestens 14 Jahren seinen Wohnsitz dort haben. Weitere Einschränkungen wie das Vorlegen von ausreichend Unterstützungserklärungen können von den einzelnen Bundesstaaten gefordert werden. Seit einer Verfassungsänderung im Jahre 1951 sind nur noch zwei Amtszeiten von jeweils vier Jahren zulässig.

Arbeitsaufgaben (M8 & M9)

1. Erstelle mit Hilfe des Videos eine Zeitleiste für die US-Präsidentenschaftswahlen.
2. Recherchiere die Bedeutung folgender Begriffe: *Caucus*, *Primary*, *Swing States*, Wahlleute.
3. Vergleiche Voraussetzungen und Ablauf von Präsidentenschaftswahlen in den USA und Österreich und nenne die wesentlichen Unterschiede. Nutze dazu z. B. die Website <https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/wahl-und-amtszeit>.

4. Beurteile, wie demokratisch und repräsentativ die beiden Wahlsysteme sind.
5. Schlüpfte im Online-Spiel „Win the White House“ selbst in die Rolle einer Kandidatin / eines Kandidaten für die US-Präsidentenschaft und versuche, das Amt zu gewinnen.

M8
Die US-Präsidentenschaftswahl kurz erklärt, Erklärfilm der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). (2020, 2. November). https://www.youtube.com/watch?v=zTMOXyldULk
M9
Win the White House, Online-Spiel zur US-Präsidentenschaftswahl. https://www.icivics.org/games/win-white-house

Arbeitsaufgaben (M10)

1. Fasse die wesentlichen Aussagen des Artikels zusammen.
2. Nenne Vor- und Nachteile der klassischen und neuen Medien in einem Wahlkampf.
3. Bisher waren die wichtigsten Merkmale US-amerikanischer Wahlkämpfe Personalisierung, Mediatisierung und Professionalisierung. Definiere diese Begriffe mit Hilfe einer Internetrecherche und übertrage sie auf einen Wahlkampf im digitalen Zeitalter.
4. Diskutiere die Auswirkung der durch das Internet gegebenen Möglichkeiten auf den Wahlkampf der Zukunft.

M10: Wahlkampf im digitalen Zeitalter (Teil 1)

Es ist erst ein paar Wochen her, da belächelte noch halb Amerika Donald Trump als digitalen Analphabeten; einen Mann, dessen Mailverkehr daraus bestand, seinen Assistenten handgeschriebene Zettel zu reichen, und dessen digitale Fertigkeiten sich darin erschöpften, ungeschminkte Sätze über den Kurznachrichtendienst Twitter ins Netz zu blasen. Seine Rezeptur erschien simpel: Er konzentrierte sich aufs Poltern, Ätzen und Verletzen, für die Verbreitung sorgten andere. Die liberalen Medien transportierten ihre Empörung in einer endlosen Zahl von Artikeln. Und rechte Revolver-Seiten wie das Portal „Breitbart“ übernahmen die lautstarke Verbreitung von Attacken, Halbwahrheiten und Lügen.

Nun, nach seinem Sieg, werden nach und nach die Details einer lange gut getarnten digitalen Wahlkampfmaschinerie bekannt, die Trumps Erfolg nach Ansicht amerikanischer Politikstrategen maßgeblich befördert hat. [...] Galten zunächst die Demokraten als die Meister des digitalen Wahlkampfes, so zeigt sich, dass Trumps Leute Methoden der Online-Vermarktung angewandt haben, die so konsequent wohl noch nie in der Politik genutzt wurden. [...]

Was dem designierten amerikanischen Präsidenten gelang, war die Verbindung von klassischen hochemotionalen Wahlkampfauftritten mit den modernsten Mechanismen der digitalen Welt: Viralen Verbreitungsstrategien aus den Notebooks der perfidesten Online-Vermarkter, eine in höchstem Maße personalisierte Ansprache und die emotionale Infektion seiner Anhänger. Es war eine einzigartige Symbiose aus Marketing, Facebook und digitalem Aufpeitschen.

M10: Wahlkampf im digitalen Zeitalter (Teil 2)

Trumps digitale Geheimtruppe

Das Ausmaß seiner digitalen Strategie wurde erst nach der Wahl offenbart [...]. Demnach hatte Trump über Monate eine digitale Geheimtruppe beschäftigt, die ihn nach allen Regeln der Kunst unterstützte. Sie bestand aus Psychologen, Marketing-spezialisten und Nerds, sie wurde geleitet von seinem engsten Vertrauten Jared Kushner, dem 35 Jahre alten Immobilien-tycoon und Ehemann seiner Tochter Ivanka. Er brachte offenbar genau das mit, was dem Präsidentschaftskandidaten so dringend fehlte: „Jared verstand die Online-Welt in einer Weise, wie es den traditionellen Medien-Leuten nicht gelang“, sagt ausgerechnet Eric Schmidt, der frühere Google-Chef und Unterstützer der digitalen Kampagne von Hillary Clinton. „Er schaffte es, mit kleinem Budget eine Präsidentschafts-Kampagne zu starten und mit neuester Technologie zu gewinnen. Das ist ein großes Ding.“ Was selbst den Google-Mann in Erstaunen versetzte, war die kompromisslose Ausbeutung der Nutzerprofile von Millionen Amerikanern für wahlpropagandistische Zwecke. Während die Welt noch über den Einfluss von „Fake News“ auf das Wahlergebnis debattiert, wird offenbar, dass Kushner eine ganz andere Dimension der neuen Netzwelt erschlossen hat. [...]

Drei Ebenen der digitalen Vermarktung

Die Kushner-Truppe nutzte drei maßgebliche Ebenen der digitalen Vermarktung: das gewaltige Datenwissen über die Online-Nutzer des Landes, einen psychologischen Filter zur Kategorisierung der Einstellungen einzelner Wähler und die modernen Distributionstechnologien für zielgerichtete Werbung im Internet. All das mit höchster Intensität und einem überragenden Ziel: die Adressaten mit Hilfe von Facebook emotionaler zu berühren als mit traditionellen Massenkampagnen im Internet und Fernsehen.

Das Dilemma klassischer Kampagnen sind stets die hohen Streuverluste: Etliche Menschen fühlen sich abgestoßen oder reagieren gleichgültig. Dabei ging es Protestwählern oftmals um eine dominante Angelegenheit. Einige wollten verhindern, dass ein Demokrat auf den frei gewordenen Richterstuhl am Supreme Court gelangt. Anderen ging Obamas Gesundheitsreform total gegen den Strich. Wieder andere wollten muslimische Einwanderung stoppen.

Um all diese Partikularinteressen präziser adressieren zu können, heuerte Kushner eine Datenfirma an, Cambridge Analytica. Die Spezialisten gehören zu dem britischen Beratungskonzern SCL Group, der bekannt ist für seine Techniken der psychologischen Kriegsführung im Anti-Terrorkampf. [...] Die Firma bot für den amerikanischen Wahlkampf einen Wissensschatz Orwellscher Dimension an: In jahrelanger Arbeit wollen sie psychologische Profile von mehr als 230 Millionen erwachsenen Amerikanern gesammelt haben – also fast aller potentiellen Wähler.

Gelungen war ihnen das mit einer simplen Taktik: Sie hatten auf Facebook massenhaft die bei vielen Online-Nutzern beliebten Persönlichkeitstests ausgespielt.

Viele hunderttausend Nutzer machten mit und hinterließen so ein detailliertes psychologisches Profil. Über klassische Matching-Technologien der Online-Vermarktung – wer sich im Netz ähnlich verhält, ist auch von ähnlichen Interessen geleitet – kam eine gewaltige Datenbank zustande. Über klassische Matching-Technologien der Online-Vermarktung – wer sich im Netz ähnlich verhält, ist auch von ähnlichen Interessen geleitet – kam eine gewaltige Datenbank zustande. Die Nutzer wurden darüber hinaus kategorisiert nach den fünf sogenannten Ocean-Faktoren, also emotionale Labilität, Begeisterungsfähigkeit, Offenheit für Erfahrungen, Gewissenhaftigkeit und Verträglichkeit. Cambridge Analytica behauptet, dass es über jeden erfassten Nutzer 3000 bis 5000 Datenpunkte gespeichert hat.

Nun galt es, diesen Nutzern hochpersonalisierte Botschaften zuzuspielen, die unter Berücksichtigung ihrer psychologischen Disposition und ihrer Interessen geeignet waren, ihre Wahlentscheidung zu beeinflussen. Kushner hatte mittlerweile an die hundert Spezialisten in einem unscheinbaren Bürogebäude am Rand der texanischen Großstadt San Antonio versammelt, die eine gewaltige Social-Media-Kampagne in Gang setzten. Die Ängstlichen unter den Wählern bekamen Botschaften über steigende Kriminalität, farbigen Amerikanern wurden verunglückte Aussagen von Clinton zugespielt, in denen sie

M10: Wahlkampf im digitalen Zeitalter (Teil 3)

Schwarze als „Super-Raubtiere“ bezeichnet hatte. Zeitweise will das Datenteam mehrere zehntausend verschiedene und oft nur leicht abgeänderte Aussagen auf Facebook gepostet haben. Das geschah über ein neues Facebook-Angebot für Werbende, die sogenannten „Dark Posts“, die nur ausdrücklich dafür markierte Nutzer erreichen.

Nüchterne Rhetorik funktioniert in der Aufregungssphäre nicht

War es früher für den Gewinn einer Wahl wichtig, sich die Übermacht in Radio und Fernsehen zu verschaffen, so bewiesen Kushners Leute nun, dass es mittlerweile darum geht, die sozialen Netzwerke zu dominieren, mit allen zur Verfügung stehenden Technologien. Nichts eignet sich heute besser zur Verbreitung von Empörung und Zorn. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet die fortschrittlichste Kommunikationstechnik der Menschheit nicht primär ein Medium der Aufklärung ist, sondern ein Werkzeug für den Austausch emotionaler Botschaften. Allen populistischen Bewegungen ist gemein, dass sie auf Facebook weitaus mehr Fans haben als die etablierten Parteien. Nüchterne Rhetoriker [...] funktionieren in diesen digitalen Sphären der Aufregung schlicht nicht.

Was Kushners Team vorgemacht hat, wird nicht das Ende der Entwicklung sein. [...]

Ebensowenig ist vorstellbar, dass Europas Bewegungen des Zorns die Techniken der zielgerichteten Emotionalisierung ignorieren werden. Zwar ist der Datenschutz strenger, doch bisher hat noch keine Partei die schon jetzt weitgehenden Möglichkeiten des sogenannten Targetings konsequent genutzt.

Die Zukunft der politischen Kommunikation zeichnet sich bereits ab. Sie wird sich parallel zu den Technologien entwickeln, die derzeit für die Welt der Online-Vermarktung oder auch der Online-Medien absehbar sind. Alles deutet auf eine weitere Personalisierung in Ansprache und Information hin. Wie bei so vielen neuen Entwicklungen ist die Technologie selbst dabei neutral, sie ist nicht mehr als ein immer intelligenteres Werkzeug. Entscheidend ist, mit welcher Intention sie eingesetzt wird: Im Dienste von echter Aufklärung, für gewöhnliche Werbung, mit der klaren Absicht, politische Propaganda zu verbreiten oder gar mit einer desinformatorischen Intention, um einen Staat oder eine Gesellschaft zu destabilisieren. Das Fatale ist, dass sie gleichermaßen als nützliches Tool wie als destruktive Waffe genutzt werden kann.

Während bei diesem Wahlkampf die Verbreitung der Botschaften über die klassischen Formen der Online-Nutzung erfolgten, also über Schrift, Bild und Video, könnte der nächste Wahlkampf geprägt sein durch die neuen digitalen Assistenten – intelligente Mikrofon-Lautsprecher für den Wohnzimmertisch. Sie werden derzeit von allen großen Digital-Konzernen mit großer Energie entwickelt. Amazon, Google und Apple haben ihre besten Köpfe damit beauftragt, die künstliche Intelligenz hinter den bisher eher rudimentär anmutenden Assistenten zu verbessern. Für viele in den Spitzen der Digitalkonzerne ist das die nächste Revolution. Für Kushners Truppe wäre es das Werkzeug schlechthin: eine Art super-personalisiertes Radio. Jeden Morgen ein neuer Leitspruch von Trump, konfiguriert und vom Audio-Assistenten rechtzeitig zum Frühstück vorgetragen. Es wäre Facebook übertragen in die Audio-Welt, es wäre die akustische Filterblase. Schöne neue Politik-Welt. [...]

Quelle: Müller von Blumencron, M. (2016, 5. Dezember). Das Ende des Wahlkampfs, wie wir ihn kennen. Trumps digitale Kampagne. Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Endnoten

¹ z. B. TRT World (2020, 13. März). <https://www.youtube.com/watch?v=-le5fAWs8r0> oder Chancel 4 News (2020, 3. Februar). <https://www.youtube.com/watch?v=vsYclKv6RPY>

² Vgl. Der Bundespräsident, seine Aufgaben und Rechte. (o. D.). <https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/aufgaben-und-rechte>

Literatur

Bundeszentrale politische Bildung (bpb). (2020, 2. November). Die US-Präsidentschaftswahl kurz erklärt. <https://www.youtube.com/watch?v=zTM0XyldULk>

Chanel 4 News (2020, 3. Februar). How to Become President of the United States: A Simple Guide. <https://www.youtube.com/watch?v=vsYclKv6RPY>

Der Bundespräsident, seine Aufgaben und Rechte. (o. D.). <https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/aufgaben-und-rechte>

Massing, P. (2016). Prääsidentielle Demokratie. Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten, 67(1).

Müller von Blumencron, M. (2016, 5. Dezember). Das Ende des Wahlkampfes, wie wir ihn kennen. Trumps digitale Kampagne. Frankfurter Allgemeine Zeitung. https://www.faz.net/aktuell/politik/von-trump-zu-biden/donald-trump-siegt-bei-us-wahl-2016-durch-social-media-14559570.html?printPageArticle=true#pageIndex_2

Stüwe, K. (2013), USA. Wochenschau Verlag.

TRT World (2020, 13. März). How to Become President of the United States. <https://www.youtube.com/watch?v=le5fAWs8r0>

Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika. (1787, 17. September). <https://usa.usembassy.de/etexts/gov/gov-constitutiond.pdf>

Wie wird man eigentlich Bundespräsident? (o. D.). <https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/wahl-und-amtszeit>

Win the White House. (o. D.). <https://www.icivics.org/games/win-white-house>